

Anfrage an den Stadtrat zur Alterspolitik in Lenzburg

Ausgangslage

Lenzburg hat in den letzten Jahren wichtige Grundlagen im Bereich Alter geschaffen. Der Stadtrat hat ein Altersleitbild mit klaren Grundsätzen verabschiedet und bekennt sich darin deutlich zu seiner Zentrumsfunktion in der Alterspolitik. Mit der Broschüre «Älter werden in Lenzburg» wurde eine übersichtliche Sammlung der vielfältigen Angebote für Menschen im dritten und vierten Lebensabschnitt geschaffen, die von Freizeit über Beratung bis zu Wohnmöglichkeiten reicht.

Weiter verfügt die Stadt über eine solide Infrastruktur: Das Alterszentrum Obere Mühle bietet Pflegeplätze und Alterswohnungen in verschiedenen Preisklassen, darunter auch ergänzungsleistungs-kompatible Wohnungen. Das privat betriebene «Tertianum Im Lenz» erweitert dieses Angebot zusätzlich um Pflegeplätze und Seniorenwohnungen. Im 2024 fand eine Ortsbegehung 65+ statt, bei der Seniorinnen und Senioren ihre Bedürfnisse für eine altersgerechte Stadt im öffentlichen Raum einbringen konnten. Pro Senectute hat eine eigene Beratungsstelle im Bezirk Lenzburg. Weitere Organisationen wie die Spitex Region Lenzburg, private Spitexen, Kirchgemeinden, die Genossenschaft Wohnen im Alter (Wia) und das Müllerhaus tragen ebenfalls dazu bei, Menschen im Alter zu unterstützen.

Allerdings zeigen sich bereits erste Versorgungslücken: Die Sozialen Dienste haben bereits Anfragen von über 65-Jährigen, die Gefahr laufen, ihre Wohnungen zu verlieren, und keine Alternativen finden. Hinzu kommt: Mit den Babyboomern, die seit kurzem in Rente sind oder bald sein werden, wird der Bedarf an Unterstützungen mittelfristig massiv wachsen. Neben klassischen Pflegeleistungen besteht ein Bedarf an niederschweligen Unterstützungen wie Begleitung bei der Wohnungssuche, Umzugsorganisation und administrative Unterstützung – Angebote, die derzeit nur begrenzt verfügbar sind. Daher liegt das Potenzial in der gezielten Ausweitung und Koordination von Freiwilligenarbeit durch Besuchsdienste und koordinierte Nachbarschaftshilfe. Diese niederschweligen Unterstützungsangebote ermöglichen es älteren Menschen, länger im eigenen Zuhause zu bleiben – was für die Stadt Lenzburg finanzielle Entlastung bedeuten kann (reduzierte gebundene Ausgaben für stationäre Langzeitpflegeaufenthalte). Im Rahmen der Legislaturziele 2022–2025 hat der Stadtrat explizit festgehalten, dass das Thema Alter und Gesundheit in der Verwaltung organisatorisch bislang nicht verankert ist. Daher fehlt eine zentrale Anlaufstelle für Fragen und Anliegen.

Gemäss kantonaler Befragung sind jene Aargauer Gemeinden, die ein Altersleitbild, Legislaturziele und eine Fachstelle haben, messbar aktiver und setzen mehr Massnahmen um (vgl. [ag.ch/media/kanton-aargau/dgs/bilder/gesellschaft/alter/gemeinden/2021-alterspolitik-in-aargauer-gemeinden.pdf](https://www.ag.ch/media/kanton-aargau/dgs/bilder/gesellschaft/alter/gemeinden/2021-alterspolitik-in-aargauer-gemeinden.pdf)). **Lenzburg ist mittlerweile die grösste Gemeinde im Kanton Aargau, welche nicht über eine Fachstelle Alter und Gesundheit verfügt.** Daraus folgend ergeben sich die nachfolgenden Fragen.

Frage 1:

Plant der Stadtrat, mit der Entwicklung einer umfassenden Altersstrategie (konkrete Massnahmen, Zeitplan und Budget) zu beginnen? Wenn ja: welche Schwerpunkte werden gesetzt?

Begründung:

Lenzburg verfügt über ein Altersleitbild, aber keine umfassende Strategie mit messbaren Zielen, konkreten Massnahmen und Zeitplan. Viele vergleichbare Aargauer Städte (Aarau, Brugg, Rheinfelden) haben ihre Konzepte in den letzten Jahren überarbeitet und strategisch weiterentwickelt.

Frage 2:

Wann wird die in den Legislaturzielen 2022–2025 identifizierte Lücke geschlossen und eine zentrale Anlaufstelle oder Fachstelle für Altersfragen geschaffen?

Begründung:

In den Legislaturzielen 2022–2025 wurde festgestellt: *«Das Thema Alter und Gesundheit ist heute in der Stadtverwaltung nicht verortet. Es fehlt eine zentrale Anlaufstelle.»* Vergleichbare Aargauer Städte zeigen, dass dies auch in kleineren Städten umsetzbar ist.

Frage 3:

Plant der Stadtrat die Schaffung eines Seniorenrats oder einer Alterskommission zur strukturierten Einbindung älterer Menschen in die Alterspolitik?

Begründung:

Einige Aargauer Gemeinden verfügen über eine Alterskommission. Partizipation ist zentral für eine bedarfsgerechte Alterspolitik.

Fragen 4:

Wie viele Alterswohnungen stehen aktuell in Lenzburg zur Verfügung und wie viele davon sind für Personen mit Ergänzungsleistungen geeignet? Gibt es Wartelisten für die Alterswohnungen Obere Mühle und Tertianum? Falls ja: wie viele Personen stehen darauf? Sind diese Wohnungen ausschliesslich für Personen mit Wohnsitz in Lenzburg reserviert? Wie schätzt der Stadtrat den Bedarf an Alterswohnungen in Lenzburg bis zum Jahr 2035 ein und welche konkreten Massnahmen sind geplant, um diesem Bedarf gerecht zu werden?

Begründung:

Wohnen im Alter ist das zentrale Thema der kommunalen Alterspolitik in der Schweiz. Der Mangel an bezahlbarem und altersgerechtem Wohnraum stellt schweizweit eine der grössten Herausforderungen dar. Angesichts der prognostizierten Alterung der Bevölkerung ist eine vorausschauende Bedarfsplanung notwendig. Werden Alterswohnungen in Lenzburg auch an Personen aus anderen Gemeinden vergeben, verlegen diese ihren Wohnsitz nach Lenzburg. Das bedeutet, dass die Stadt für allfällige Restkosten bei Pflegeleistungen (gebundene Kosten) aufkommen muss. Ein klarer Überblick über Angebot, Nachfrage und künftigen Bedarf ist deshalb gerade finanzpolitisch von grosser Bedeutung.

Frage 5:

Plant der Stadtrat eine systematische Bedarfsanalyse und Planung für Pflegebetten und intermediäre Angebote (z. B. betreutes Wohnen, Tages-, Nacht- oder Kurzzeitpflege), um dem steigenden Bedarf an flexiblen Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige und multimorbide ältere Menschen in Lenzburg gerecht zu werden?

Begründung:

Der Bedarf an Pflegebetten und intermediären Angeboten wie Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege wird in den kommenden Jahren stark zunehmen. Laut dem aktuellen Bericht des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (vgl. Obsan 2025, obsan.admin.ch/de/publikationen/2025-bedarf-alters-und-langzeitpflege-der-schweiz) erwartet die Schweiz bis 2040 einen Anstieg der altersspezifischen Pflegebedürftigkeit um rund 43 %. Das betrifft sowohl stationäre als auch intermediäre und ambulante Angebotsformen. Die Obsan-Analyse zeigt, dass Kapazitätsengpässe bereits vor 2030 auftreten können, wenn die Versorgungspolitik unverändert bleibt. Gleichzeitig gewinnen intermediäre Strukturen wie Betreutes Wohnen, Kurzzeitpflege, Tages- oder Nachtaufenthalte weiter an Bedeutung: Sie ermöglichen längeres Leben zuhause, entlasten pflegende Angehörige und bieten flexible Unterstützung für multimorbide ältere Menschen.

Der Bericht empfiehlt klare lokale und regionale Bedarfsanalysen, eine koordinierte Planung zwischen Gemeinden und Kantonen sowie den gezielten Ausbau intermediärer Versorgungsmodelle – insbesondere angesichts der prognostizierten Zunahme pflegebedürftiger Menschen und des zunehmenden Fachkräftemangels. Nur so können Versorgungslücken geschlossen und die Lebensqualität älterer Menschen langfristig gesichert werden.

Fragen 6:

Wie wird die Freiwilligenarbeit im Altersbereich konkret gefördert und koordiniert? Plant der Stadtrat neue Formen der Freiwilligenarbeit (z. B. Besuchsdienste gegen Einsamkeit, niederschwellige Treffpunkte etc.).

Begründung:

«Erwerbs- und Freiwilligenarbeit» ist eines der fünf Handlungsfelder der kantonalen Alterspolitik im Aargau (vgl. ag.ch/media/kanton-aargau/dgs/bilder/gesellschaft/alter/faf/kantonale-alterspolitik/htag-dgs-leitsaetze-alterspolitik-januar2023.pdf) Lenzburg verfügt mit der Stiftung Müllerhaus über eine gute Basis, aber systematische Förderung und neue Formen fehlen.

Frage 7:

Wie koordiniert die Stadt die verschiedenen Akteure und Akteurinnen im Altersbereich (Pro Senectute, Alterszentren, Spitex, Freiwilligenorganisationen)? Gibt es regelmässige Austauschgefässe?

Begründung:

Vernetzung ist zentral für eine effiziente Alterspolitik. Die kantonale Fachstelle Alter und Familie unterstützt Gemeinden bei der Vernetzung. Vergleichsstädte zeigen, wie Vernetzung funktionieren kann.

Ivanka Basic, Einwohnerrätin SP

28. November 2025